

Streit unter Weltverbesserern:

Pro und contra Verbot der Kinderarbeit

Das alte Rezept gegen Kinderarbeit: Einfach Verbieten!

Von jeher ist der Kampf gegen die Kinderarbeit in der Welt zentraler Bestandteil der Agitation hiesiger Hilfsorganisationen und sonstiger Vereine aus dem Lager der 3.-Welt-Bewegung.

Sie klagen an, dass in vielen Ländern Kinder massenhaft unter schlimmsten Bedingungen und zu absoluten Hungerlöhnen arbeiten müssen, und liefern dabei durchaus Hinweise, wo der Grund des beklagten Skandals zu suchen ist:

„Kinder in Entwicklungsländern ... sind als Arbeitskräfte sehr beliebt, weil man sie leicht einschüchtern und ihnen einfach weniger Geld als Erwachsenen geben kann.“ (Thesenpapier „Stopp Kinderarbeit“, www.friedensband.de)

So ist es! Kinderarbeit rechnet sich: Für eine Gewinnrechnung, die mit Kosten und Überschuss kalkuliert, für die der niedrige Preis und die ausgiebige Arbeitsleistung der eingekauften Arbeitskräfte daher ein entscheidendes Mittel ist, für die lohnen sich billige, überreichlich verfügbare, wehrlose Kinderarbeiter – und das sogar ganz besonders. Insofern verweist der Skandal der Kinderarbeit, das Elend der minderjährigen Lohnsklaven in den einschlägigen Regionen der Weltwirtschaft auf das skandalöse Prinzip, dem Lohnarbeit überhaupt gehorcht: Billig-

keit des Lohns und rücksichtslose Ver- ausgabung der Arbeitskraft sind Bedingung von ‚Beschäftigung‘; die Not, Geld verdienen zu müssen, macht Lohnarbeiter erpressbar; deswegen sind sie mit ihrem beschränkten Einkommen auch ständig auf den Ausgangspunkt zurückgeworfen. Kinderarbeit ist ein besonders eklatanter Fall der Kalkulation mit rentabler Arbeit.

Die Gegner der Kinderarbeit ziehen allerdings einen ganz anderen Schluss:

„Kinderarbeit ... ist der Grund dafür, dass Kinder und ihre Familien sich immer mehr in den Teufelskreis aus Armut und Unterentwicklung verstricken.“ (www.welthungerhilfe.de) „Kinderarbeit treibt Löhne nach unten.“ (Susan George, zitiert nach Iven Saadi, Das Recht auf Kinderarbeit, taz.de, 20.11.09)

Den Anklägern ist durchaus vertraut, dass Armutslöhne – nicht nur die von Kindern – das Resultat der Konkurrenz sind, die Kapitalisten unter den Lohnabhängigen veranstalten. Aber ausgerechnet das Prinzip der Lohnarbeit, das da zum Zuge kommt, wenn die Mittellosen in der Dritten Welt, Erwachsene wie Kinder, darum konkurrieren, überhaupt und sei es auch zu den brutalsten Bedingungen beschäftigt zu werden, das nehmen sie gar nicht in den Blick. Sie sehen es genau umgekehrt: Die Ausbeutung von Kindern, diese spezielle Abtei- ▶ S.3

GEGENSTANDPUNKT Vortrag & Diskussion

Der griechische Staatsbankrott. Der Euro. Das Weltwährungssystem.

Die Finanzkrise geht in die nächste Runde und ruiniert Instanzen, die bisher als mächtige Retter der Banken und der Konjunktur aufgetreten sind: Souveräne Staaten und Währungen verlieren ihren Kredit – nicht nur, vorerst aber vor allem Griechenland.

Schon wieder ist ein Akt der Spekulation dabei, die Welt zu erschüttern und einige Aufklärung über die kapitalistische Welt abzuliefern: über das moderne Geld, über die Grundlagen der Finanzmacht der Staaten, über den inneren Imperialismus in der Europäischen Union und über die waghalsige Konstruktion einer europäischen Weltwährung ohne europäische Weltmacht.

Und was bekommt das deutsche Publikum zu den dramatischen Vorgängen von Regierung und Medien mitgeteilt? Nichts als Unsinn und nationalistische Angeberei!

– „Die Griechen sind selbst schuld!“, heißt es, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt; zu viel importiert und konsumiert, zu wenig gearbeitet und exportiert.

Zu Außenhandelsbilanzen aber gehören zwei Seiten! Der Ex-Exportweltmeister erzielt Überschüsse im europäischen Handel haargenau in dem Maß, wie andere Länder – von überlegener Kapitalmacht und Kampf-Preisen niederkonkurriert – Defizite ansammeln. Die griechische Pleite ist das Spiegelbild des deutschen Erfolgs. Der EU-Binnenmarkt ist kein Kooperationsprojekt zur gegenseitigen Unterstützung benachbarter Völker, sondern ein Kampfplatz der Nationen, auf dem jede die Partner für ihr Kapitalwachstum auszunutzen strebt. Den Siegern stehen notwendig Verlierer gegenüber.

– „Die Griechen können ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen!“, lautet ein Vorwurf.

Als ob das irgendein anderer Staat innerhalb oder außerhalb der EU könnte. Alle tilgen sie Schulden, indem sie neue machen. Und stets machen sie mehr neue Schulden als sie alte tilgen. Die Not der Hellenen besteht darin, dass sie für neue Staatsschulden keine Käufer mehr finden. Finanzkapitalisten halten den Staat nicht mehr für eine sichere Zinsmaschine – und entmachten ihn dafür.

– „Die Griechen müssen ihre Probleme selbst lösen; ihre Schulden sind nicht unsere!“

Unsinn. Längst beschädigt der Bankrott den Euro. Griechische und deutsche Schulden lassen sich eben nicht mehr ganz trennen, wenn sie in derselben Währung anfallen. Die europäischen Partner fragen sich in Wahrheit nur noch, ob sie den Euro mehr schädigen, wenn sie einen Staatsbankrott in der Gemeinschafts-Währung zulassen oder wenn sie ihn durch Notkredite abwenden. So oder so demonstriert die griechische Unfähigkeit, Schulden zu akzeptablen Zinsen am Markt unterzubringen, ein Misstrauen der globalen Finanzkapitalisten gegen Europa und sein Geld.

– „Wenn wir Griechenland doch helfen, dann nur unter strengen Sparauflagen und voller Kontrolle des Staatshaushalts!“

Die Kanzlerin führt sich auf wie die Herrin im Haus Europa: „Wir“ sind als Geldgeber gefragt, „wir“ haben die Mittel, also schaffen „wir“ an! Sie nutzt die Krise, von der sie noch gar nicht weiß, wie viel die von der deutschen Kreditmacht übrig lässt, als Gelegenheit, die Unterordnung der Partner unter deutsche Finanzaufsicht voranzutreiben und ihnen ihre Souveränität abzukaufen. So gemächlich geht es zu in unserem Europa – und so gerecht: Deutschland darf seine gerade anspringende Konjunktur keinesfalls kaputt-sparen: „Wir“ müssen ordentlich neue Schulden machen, damit „wir“ aus der Krise gestärkt und konkurrenzfähig hervorgehen. Für die Griechen ist das Gegenteil richtig: Die müssen hart sparen, noch viel ärmer werden, als sie ohnehin schon sind, um ihre Staatsausgaben ihrer impotenten Wirtschaft anzupassen. Das braucht unser harter Euro.

Bei all den imperialistischen Dummheiten und Frechheiten wird es höchste Zeit, dass etwas Objektives zur politökonomischen Weltlage fällt. Zeit und Ort stehen fest.

20.5. Donnerstag, 20 Uhr
K4, Festsaal, Königstr. 93, Nbg.
www.gegenstandpunkt.com

Nachrichten aus der französischen
Klassengesellschaft

Ende einer Karriere

Am 19.1.10 erinnert Le Monde daran, dass in Frankreich wie in jedem anständigen kapitalistischen Gemeinwesen ein beträchtliches Heer von Unbeschäftigten zum festen Volksinventar dazu gehört. Eine gute halbe Million von ihnen muss sich künftig nicht mehr mit der knappen Arbeitslosenstütze herumärgern – sie kriegen nämlich keine mehr.

„600 000 Personen erhalten in den nächsten Monaten im Prinzip keinerlei Zuwendungen mehr und werden sich ohne die geringste soziale Absicherung wiederfinden. Ihr Schicksal wird von ihrer familiären Unterstützung abhängen und im Gefolge ein erhebliches Anwachsen der Armut in Frankreich nach sich ziehen.“

Mit ihrem Übergang in die Lebensform von Schmarotzern und Produzen-

ten der Armut ihrer Familien leisten die proletarischen Habenichtse einen letzten Dienst am Wachstum und an ihrer Nation.

Begonnen haben die 600 000 ihre Karriere damit, den „französischen Arbeitsmarkt, der nicht flexibel genug war,“ aus seinem unhaltbaren „Reformstau“ zu lösen, indem sie die neuen staatlich „privilegierten befristeten Arbeitsverträge (CDD, Contrats à durée déterminée)“ als flexible Manövriermasse mit Leben erfüllt haben. Keine Ansprüche auf unerträgliche Kündigungsfristen, keine unsinnigen Abfindungskosten und keine kostentreibenden Streitereien vor den Arbeitsgerichten! So was beflügelt zuerst den Unternehmerelan – „Vor der Krise waren fast drei Viertel der geschaffenen Beschäftigungen CDDs,“ und dann die Massenentlassungen. ▶ S.4

„Denn man lernt eben nicht Geschichte, um nur zu wissen, was gewesen ist, sondern man lernt Geschichte, um in ihr eine Lehrmeisterin für die Zukunft und für den Fortbestand des eigenen Volkstums zu erhalten. Das ist der Zweck, und der geschichtliche Unterricht ist nur ein Mittel zu ihm.“
(„Mein Kampf“, S. 468)

1. Die Geschichtswissenschaft hat keinen anderen Gegenstand als die anderen Gesellschaftswissenschaften: die politische Herrschaft, Staat, Nation oder Unterabteilungen davon – aber sie betrachtet den Gegenstand anders: *geschichtlich* eben. Wenn andere Fächer nach der allgemeinen Natur, Eigenart oder Funktion von Staat, Kapital, Parlament und Krieg fragen, dann interessiert den Historiker deren historische, also *zeitliche Herkunft*.

Andere Wissenschaften beweisen (richtig oder falsch) einen Zweck und Nutzen der gesellschaftlichen Einrichtungen für irgendetwas: für die Regelung des gesellschaftlichen Lebens, den Verkehr zwischen den Staaten oder für die Versorgung der Bürger usw. Die Ideologie dieser Wissenschaften besteht darin, dass ihre Behauptungen nicht stimmen, dass der Nutzen für die Bürger keineswegs das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Wirtschaft und der demokratischen Republik ist. Einer solchen Widerlegung setzt sich die Geschichtswissenschaft gar nicht aus: Sie behauptet keine „Funktion für anderes“ als Prinzip der Staaten. Sie interessiert sich für *das Geworden-Sein* der Staaten – und hält dieses für einen *Grund für ihre Beschaffenheit*.

2. Die Forschungsobjekte kommen deshalb bei den Historikern schon gar nicht nach ihrer allgemeinen Natur vor (*der feudale Staat, die kapitalistische Ökonomie*), sondern gleich in ihrer Einzelheit und unter nationalen Eigennamen (deutsch, französisch, europäisch). Interesse am zufälligen Auf und Ab von Staatsindividuen in den Zeitläufen kann sich unmöglich einstellen, wo dieses nicht schon vorher da ist. Historiker agitieren Nationalisten nicht, sondern setzen sie voraus und bedienen deren Interesse, sich den Staat, in den sie nun einmal

Die Geschichtswissenschaft:

Deutsches Denken, sonst nichts.

hineingeboren wurden, ganz grundlos als Höheres und per se Gerechtfertigtes zu denken.

3. Das gelingt dadurch, dass in der Geschichtswissenschaft die *Genese* den *Grund* ersetzt, die *Herkunft* die *Erklärung*: „Wenn ich die historischen Vorbedingungen einer Sache kenne, dann weiß ich, warum es sie geben muss, ihre Notwendigkeit.“ – sagt der Historiker und ist darin ganz unmittelbar wertend: Alles, was es gibt, ist entstanden und musste aus seinen Voraussetzungen entstehen – eine Notwendigkeit, die (höchst zirkulär) damit erwiesen ist, dass es *tatsächlich* entstanden ist; was aber *notwendig* ist, ist *über jede Kritik erhaben*.

Nach dieser Seite hin ist die Geschichtswissenschaft die pure Verherrlichung der Macht. Was sich historisch durchsetzt, hat Recht: die größere Gewalt hat das größere Recht auf ihrer Seite und die größten Totschläger der Weltgeschichte haben den Beinamen „der Große“ verdient.

4. Sosehr die Historiker die Macht nur an ihrem eigenen Erfolg messen, so fiktiv ist zugleich dieser Erfolg: Entstehung und Bewahrung *in der Zeit*. Historiker hatten sich ja nie für den Zweck des Staates interessiert, so haben sie auch keine Ahnung, warum es wegen dieses Zwecks Widerstand von innen und außen gegen ihn gibt. Sie erklären sich das prinzipieller, methodisch und inhaltslos: Weil der Staat, wie alles, in der Zeit existiert, in der alles Gewordene auch vergeht, erscheint ihnen der Zahn der Zeit selber, ihr *leeres Fortschreiten* als Hindernis der Exis-

tenz einer geschichtlichen Macht; die Überwindung dieses Hindernisses als ihre Aufgabe.

5. Damit kennt der Historiker Aufgaben der Politik, an denen er die Politiker misst und für deren Erfüllung er Noten verteilt: Der Zeit, ihren Tendenzen und Forderungen gerecht werden und die eigene Unzeitgemäßheit vermeiden muss jede Nation, sonst geht sie unter. Umgekehrt beweist jede tatsächliche Niederlage untrüglich die Unzeitgemäßheit der Politik; was natürlich auch der Historiker erst hinterher weiß. Die ganze Differenz von tatsächlichem Tun der Politiker und ihren historischen Aufgaben erweist sich so als Schwindel: Einerseits müssen sie halt Erfolg haben, dann entsprach das, was sie taten, schon auch den Aufgaben; andererseits entnimmt der Historiker die Aufgaben ja ebenso wie die Taten der „geschichtlichen Situation“, also den Zielen und Absichten der maßgeblichen Figuren. Diese firmieren somit doppelt: einerseits setzen sie mit ihrem Handeln und Reden genau die historische Tendenz, an die sie sich dann andererseits unter den kritischen Augen des geschichtsschreibenden Aufpassers halten müssen.

6. Einerseits etabliert die Geschichtswissenschaft die unmoralische Moral der Macht: Erfolg = Recht! Andererseits ist sie viel zu nationalistisch, um einfach jedem erfolgreichen Krieg zuzujubeln und um jedem Verlierer auch noch die Berechtigung seiner Niederlage um die Ohren zu hauen. Schließlich gehört zu den Verlierern bisweilen die eigene Nation, an

der Anteil zu nehmen der Ausgangspunkt der ganzen Chose gewesen war.

Macht aber nichts; die Logik des historischen Arguments lässt auch das Gegenteil zu: War alles tatsächlich Eingetretene notwendig, unvermeidlich (und unkritikabel), weil seine geschichtlichen Vorbedingungen es hervorbringen mussten, so ist es natürlich auch *nur wegen* eben dieser Bedingungen notwendig – und die hätten ja vielleicht auch anders sein können.

Damit eröffnet sich die Geschichtswissenschaft die Kategorie der Schuld und die Suche nach der entscheidenden Bedingung, die den eigentlich anstehenden Erfolg der Nation verhindert, und der Figur, die ihn vergeigt hat. So erscheint dann ein historischer Stand der Machtkonkurrenz einerseits als notwendig und andererseits als total ungerecht, weil aufgrund unfähiger Spieler und irregulärer Bedingungen erzielt. (Wie manches Fußballspiel, wo auch nur das Tor zählt – und dann eben doch nicht.) Gerade wer als Anhänger seiner Staatsgewalt ihr die Gleichung: „Macht = Recht“ sichern will, muss sie bei anderen (und Versagern auf der eigenen Seite) außer Kraft setzen und das Gegenteil vertreten: „Macht ≠ Recht“.

7. Die logische Kriterienlosigkeit dessen, wann das Erklärungsmuster so, und wann es andersherum anzuwenden ist, konstituiert die Freiheit des totalen politischen Opportunismus der Historiker. Sie macht ihr Treiben zur *reinen Interpretation*. Was als zufrieden stellender Zustand der Nation, was als Unrecht, was als berechtigter Anspruch, was als historisch überholt oder noch nicht wieder zeitgemäß gilt, das beziehen die Historiker aus Berlin; das steht außerhalb ihrer Wissenschaft als politischer Anspruch der Republik fest. Sie klabuen sich dann die historischen Rechtstitel dafür zusammen. Deshalb muss die Geschichte auch immer wieder mal umgeschrieben werden. Was einer ehemals geschlagenen Nation an bescheidener und Schuld bekennender Selbstinterpretation anstand, ist keine Wahrheit mehr in einer „Großmacht“, die Vergleiche nur mehr mit der Supermacht sucht. ◀

ARGUMENTE GEGEN DIE BÜRGERLICHE WISSENSCHAFT

- Argumente gegen die Psychologie
- Argumente gegen die Politologie
- Argumente gegen die Medizin
- Argumente gegen Umwelt und Ökologie
- Kritik der „Kritischen Kritik“ der „Frankfurter Schule“
- Martin Heidegger, Faschist
- Kritik der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft
- Die Mikroökonomie

Erhältlich beim
Gegenstandpunkt Verlag
(089 - 272 16 04,
gegenstandpunkt@t-online.de)
oder am Büchertisch der SG.



GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahrszeitschrift
ISSN 0941-5831 • 140 Seiten • € 15

Im Buchhandel erhältlich:
Fürth: Edelmann, Fürther Freiheit 2A
Erlangen: Ex Libris, Bismarckstr. 9
Nürnberg: Bahnhofsbuchhandlung,
Bahnhofplatz 8
Rüssel, Frankenzentrum,
Glogauer Str. 38
Hugendubel, Ludwigsplatz 1

Das Finanzkapital

III. Die ‚systemische‘ Bedeutung des Finanzgeschäfts und die öffentliche Gewalt

Das neue Europa in der Krise

Eine Zwischenbilanz der Transformation

Anmerkungen zu Griechenlands Staatsbankrott

Weltklimagipfel „gescheitert“

Der Kampf der Nationen um die globale Energiewende, ihre Erträge und ihre Geschäftsordnung wird grundsätzlich

Deutschland im Krieg: Sittliche Vorwärtsverteidigung eines Massakers · Streit unter Weltverbesserern: Pro und contra Verbot der Kinderarbeit · Friedensnobelpreis für die Weltmacht · Metall-Tarifrunde – „Berthold Huber bricht mit Tarif-Tabus“: Statt Lohn fordern, gemeinsam Kurzarbeit fördern! · Bagatellkündigungen: Achtung vor dem Eigentum – auch eine Anstandsfrage! · Dubai und seine Krise: Ein Lehrstück über die Macht des internationalen Kredits · Haiti: Eine öffentliche Lektion in Sachen humanitärer Imperialismus · Nachrichten aus der französischen Klassengesellschaft: Ende einer Karriere · Antiterroristische Landeskunde, diesmal: Jemen · Vom moralischen und imperialistischen Nutzen eines grenzüberschreitenden Steuerdatenklus
Leserzuschriften: Linksradikale Wahlen – Verrät man durch ein Wahlkreuz seine herrschaftskritischen Überzeugungen? · Widerlegt die Möglichkeit der Selbstständigkeit die Existenz von Klassen?

lung kapitalistischer Anwendung von Arbeitskräften, ist in ihren Augen der Grund allen Elends in den einschlägigen Armenhäusern der Weltwirtschaft. Wenn man diese eine entscheidende Ursache des „Teufelskreises aus Armut und Unterentwicklung“ aus der Welt schafft, dann schafft man deswegen nach ihrem Dafürhalten damit auch generelle Abhilfe für all die elenden Lohnarbeitsverhältnisse, die ihrer Ansicht nach der Kinderarbeit geschuldet sind:

„Wenn es keine billigen Kinderarbeiter mehr auf dem Arbeitsmarkt gibt, können die Eltern bessere Löhne aushandeln.“ (Thesenpapier „Stopp Kinderarbeit“, a.a.O.)

Als hätten mit dem Ausscheiden der Kinder als Konkurrenten am Arbeitsplätze die Millionen beschäftigten und unbeschäftigten Erwachsenen irgendetwas in der Hand und plötzlich eine schlagkräftige Verhandlungsposition den Arbeitsherren gegenüber, um deren Rechnung zu ihren Gunsten zu wenden, werden aus den beklagten ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen schlagartig annehmbare Einkommensmöglichkeiten. Auf einmal löst sich der ganze „Teufelskreis“ in Wohlgefallen auf,

„... reicht das Einkommen für die ganze Familie, und die Kinder können in der Schule für eine bessere Zukunft lernen.“ (Thesenpapier „Stopp Kinderarbeit“, a.a.O.)

So wird mit einem Schlag Lohnarbeit – und das ausgerechnet in den Elendsquartieren des globalen Kapitalismus – zur tauglichen Lebensgrundlage mit Zukunftsperspektiven.

Und wie soll die Kinderarbeit aus der Welt kommen? Ganz einfach: Getreu dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf!“ haben die Aktivisten von Initiativen wie „Stopp Kinderarbeit“ eine originelle Lösung: Verbieten wir's doch einfach! Mit diesem dringlichen Antrag wenden sie sich an die Herrschaften in aller Welt:

„Kinder haben das Recht auf eine Kindheit ohne Kinderarbeit, und sie haben das Recht auf Bildung.“ (www.welthungerhilfe.de) „Alle Regierungen haben die Pflicht, zu gewährleisten, dass sie Kinderarbeit in ihren Staaten nicht erlauben oder zulassen.“ (www.stopchildlabour.eu)

Dabei übersehen die ideellen Rechtsanwähler der Kinder geflissentlich, dass die angesprochenen Regierungen ihre Pflichten ganz anders definieren. Schließlich sind sie es doch, die die kritisierten Zustände regeln und beaufsichtigen; sie sind es, die die Geschäftsinteressen ins Recht setzen, die sich gerne auch der Dienste von Kinderarbeitern bedienen; sie wissen also offensichtlich, was sie an denen haben. Dass Herrschaften der Dritten Welt keine Veranlassung sehen, zur Pflege ihres an überflüssigem Menschenmaterial reichen Volkskörpers gegen die ruinöse Benutzung der jungen Generation einzuschreiten, im Gegenteil Kinderarbeit praktisch als einen unverzichtbaren Standortvorteil ihrer kapitalarmen Länder behandeln, das verbuchen die Gegner der Kinderarbeit schlicht unter „bad governance“. Und die Regierungen der „zivilisierteren“ Länder fordern sie auf, endlich Druck zu machen und an-

derswo auf das Verbot zu dringen. Dass es internationale Abkommen über das Verbot von Kinderarbeit längst gibt, dass die aber ersichtlich ziemlich folgenlos bleiben, weil die weltweite Ächtung der Kinderarbeit, als ziemlich nebensächliche Front, in den andauernden Streit der Staaten um erlaubte und verbotene Mittel in der internationalen Konkurrenz gehört – das irritiert die Antragsteller ebenfalls nicht in ihrem Glauben an die Politik: Da nehmen die Zuständigen ihre eigentliche, in solchen Abkommen doch schon anerkannte Pflicht nur nicht wirklich ernst.

Mit ihrem Anliegen, zur Lohnarbeit genötigten Kindern in ihrem Elend helfen zu wollen, landen die Gegner der Kinderarbeit also schnurstracks bei der Affirmation der Lohnarbeit; und ihre Kritik an den Verwaltern solcher Verhältnisse endet beim wohlmeinenden Antrag, die sollten mit ihrer Macht entschiedener im menschenfreundlichen Sinne durchgreifen. Das liegt an ihrem festen Willen, in die beklagten Verhältnisse helfend und verbessernd einzugreifen, ohne ihre Gründe angreifen zu müssen. Was sie anklagen, sind „Auswüchse“, Abweichungen von dem, was sie sich, mehr als bescheiden, als ordentliche Verhältnisse für die Armenhäuser in der Staatenwelt vorstellen. Gegen diese „Auswüchse“ wollen sie angehen. Von Standpunkt der Hilfe aus – zuerst für die Kleinen und dann und damit auch für deren Erzeuger – suchen und finden sie deswegen Eingriffsmöglichkeiten, die das globale marktwirtschaftliche Getriebe zum Besseren wenden, und im politischen Garantien dieses Getriebes sehen sie deshalb die passende Adresse, die für eine solche Korrektur geeignet und in die Pflicht zu nehmen wäre.

Das neue Gegenrezept gegen Kinderarbeit: Einfach ordentlich erlauben!

Gegen dieses Programm meldet neuerdings eine Fraktion aus dem Lager der 3.-Welt-Freunde grundsätzlich Bedenken an. Anlässlich des „Welttages der arbeitenden Kinder“ am 09.12.2009 provoziert sie die Öffentlichkeit und ihre eigene Klientel mit der Forderung nach *Aufhebung* des völkerrechtlich kodifizierten Verbots der Kinderarbeit: „Das pauschale Verbot von Kinderarbeit beendet die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen nicht... Wir fordern die Aufhebung dieses Verbotes, weil es den Kindern schadet... Durch die internationale Ächtung der Kinderarbeit werden die kleinen ArbeiterInnen in die Illegalität gezwungen... Und dadurch sind sie viel ausbeutbarer... Durch das Verbot sind sie gezwungen in ganz prekären Umständen zu arbeiten.“ (J. Fincke, auf www.pronats.de und im BR 5-Interview vom 09.12.09)

Ihr Blick auf die einschlägigen Verhältnisse des globalisierten Kapitalismus lehrt diese Gegner der „Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen“, dass ein Verbot nichts nutzt. Sie gehen davon aus, dass die Geschäftswelt dort, wo die blanke Not Kinder zu welchen Konditionen auch immer in die Fänge von Arbeitgebern treibt – völlig unbeeindruckt von der Rechtslage –, auf die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft so leicht nicht verzichtet; dass

mit einer strikten Durchsetzung des Verbots auch gar nicht zu rechnen ist, wo Staatsgewalten die Kinderarbeit als nützlichen Beitrag zur Entwicklung ihres im Weltmaßstab ohnehin viel zu rückständigen Standorts begreifen. Das ist ihnen geläufig: Verbieten und Verhindern, das sind in dieser Welt zwei Paar Stiefel. Und wenn wirklich auf Unterlassung gedrungen werden sollte, dann schadet das Verbot nicht den Ausbeutern, sondern denen, deren Ausbeutung unterbunden werden soll; die haben dann nämlich überhaupt keine Einkommensquelle und deshalb kein Überlebensmittel mehr.

„Der ... Ausschluss von Kindern aus der Arbeit ... kann dort, wo das Arbeits-einkommen der Kinder für das Überleben unverzichtbar ist, die Familien in noch größere Not stürzen.“ (M. Liebel, „Kinder fordern ein Recht zu arbeiten“, www.vsp-vernetz.de)

Sie haben also unter den gegebenen Verhältnissen nur die zwei schlechten Alternativen: sich ausbeuten zu lassen oder gleich völlig zu verelenden; und bei einem noch so beschränkten Eingriff in die herrschenden Geschäftsinteressen zu Gunsten der Hungerleider droht denen nur mehr die zweite zu bleiben. Ein unübersehbarer Hinweis darauf, wie systematisch die Gründe für die Kinderarbeit und ihre Brutalitäten geartet sind, sollte man meinen.

Das sehen die Kritiker, die den Verbotsanträgen ihrer Mitstreiter Idealismus vorwerfen, anders. Sie trennen im Geiste an der inkriminierten kapitalistischen Anwendung der absoluten Armutsbevölkerung, was gar nicht zu trennen ist, und kommen zu dem Befund, „dass es nicht die Arbeit ist, die den Kindern zu schaffen macht, sondern die Bedingungen, unter denen sie diese verrichten müssen“ (M. Liebel, a.a.O.). Damit ist auch der Gegenvorschlag, wie dem Skandal Kinderarbeit beizukommen sei, klar:

„Gemeinsam mit den arbeitenden Kindern und Jugendlichen fordern wir stattdessen kindgerechte, menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie eine Vereinbarkeit von Schule und Arbeit.“ (J. Fincke, www.pronats.de)

Ausgerechnet den Verhältnissen, denen nach ihrer Auskunft mit Verboten nicht beizukommen ist, verordnen sie nach dem Motto „Weniger ist mehr!“ regulierende Gebote für die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft, die plötzlich alles zum Guten wenden sollen. Als ob solche Regelungen auf einmal locker zu haben wären und von der Geschäftswelt respektiert würden, wenn man denen ihren Geschäftsumgang nur höchst offiziell erlaubt und hobeitlich mit gewissen Einschränkungen versieht. Die Freunde der „arbeitenden Kinder“ opponieren gegen die „unrealistische“ Vorstellung, Kinderarbeit bräuchte man nur zu untersagen, mit der nicht minder idealistischen Behauptung, ausgerechnet mit der Zulassung von Kinderarbeit verlöre der kapitalistische Zugriff seinen verheerenden Charakter und würde sich ins Gegenteil verkehren: Dann nämlich, so ihr Alternativmodell einer heilen Lohnarbeitswelt, befänden sich

„die Kinder in einer weniger von Armut und dem ‚Diktat des Geldes‘ geprägten Situation“ und hätten infolgedessen „mehr Möglichkeiten, sich eine Arbeit auszusuchen, die ihnen ge-

fällt und ihnen was bringt.“ (M. Liebel, a.a.O.)

Man muss sich eben nur auf die geltenden Geschäftsinteressen konstruktiv einlassen, dann wandelt sich Lohnarbeit – mit ein paar Korrekturen – von „Ausbeutung“ zu einer einzigen Chance, die man nur richtig zu bewirtschaften hat, damit sie den Kleinen in der Welt am Ende sogar „gefällt“ und „was bringt“.

Weil und solange aber die Arbeitsherren denen eine „Arbeit in Würde“ verwehren, sorgt man exemplarisch selber für sie:

„Kooperativen bieten arbeitenden Kindern in den Ländern des Südens einen Rahmen, in dem sie ohne Ausbeutung, selbstbestimmt und sicher arbeiten – und zur Schule gehen können... Für ihre vielfältigen Produkte suchen sie AbnehmerInnen, die einen fairen Preis zahlen... Der Kauf fair gehandelter Produkte aus Kinderhand ist ganz klar als Beitrag zur Stärkung arbeitender Kinder zu sehen.“ (www.pronats.de)

So konstruiert und praktiziert der „Verein zur Unterstützung arbeitender Kinder“ eine Ausnahme von der marktwirtschaftlichen Regel, propagiert diese Ausnahme als Auftakt zum Kippen der Regel und liefert damit der Welt, die danach gar nicht ruft, weil sie so funktioniert wie sie funktioniert: marktwirtschaftlich nämlich, den verlogenen Beweis, dass „es“ mit ein bisschen gutem Willen schon „geht“ – und zwar ohne viel umwerfen zu müssen: Die Erweiterung des Sortiments im Fair-trade-Laden genügt!

*

Natürlich handeln sie sich von der Gegenseite aus den eigenen Reihen den Vorwurf ein, dass gerade ihr Vorschlag den „Realitäten“ keine Rechnung tragen würde, denen eben nur mit Verboten, mit denen aber schon beizukommen wäre. So entschieden, wie beide Fraktionen mit ihren Korrekturvorschlägen an die Adresse der Herrschenden auf die Verhältnisse verbessernd einwirken wollen, mit „realistischen“ Alternativen, die die herrschenden Verhältnissen gar nicht hergeben, in denen sie „wirklich was bewegen“ zu können meinen, so heftig geht deshalb der Streit zwischen ihnen voran, ob Kinderarbeit verboten oder erlaubt gehört.

Ein Angebot zur Güte hält der Streitfall dann aber doch bereit:

„Viele Unternehmen beteiligen sich bereits bei der Bekämpfung von Kinderarbeit. Sie tun das nicht nur aus ethischen, sondern auch aus handfesten betriebswirtschaftlichen Gründen heraus: Unternehmen brauchen gut ausgebildete Arbeitnehmer. Länder, in denen die Bevölkerung noch nicht einmal über elementare Fertigkeiten verfügt, sind keine attraktiven Investitionsstandorte.“ (www.welthungerhilfe.de)

Die richtig verstandenen Profitinteressen sorgen letztlich selbst dafür, dass die Welt schon besser, die Kinderarbeiter weniger und die Lohnarbeit für alle immer attraktiver wird. Am Ende gibt es nichts verlässlicher Humaneres als den Kapitalismus selbst! Nur im Verein mit den Mahnern selbstverständlich, die ihm ständig seine wahre Vernunft vor Augen halten müssen: ethisch und betriebswirtschaftlich! ◀

Was ist Kapitalismus?

Vorbei sind die Zeiten, in denen dementiert wurde, dass man hierzulande im Kapitalismus lebt, und die hiesige Wirtschaftsordnung verschämt mit dem Namen „Marktwirtschaft“ bezeichnet wurde. Heutzutage wird von Wirtschaftsfachleuten ungeniert der einstige „Kampfbegriff“ der Linken zur Bezeichnung des hierzulande herrschenden Wirtschaftssystems verwendet. Jeder Anklang an Kritik am Zweck des Wirtschaftens ist dabei verschwunden; im Gegenteil: Kritik wird mit der Berufung auf den Kapitalismus erschlagen: „Die Entrüstung über die Gesetze des Kapitalismus ist müßig. Auch wenn diese Entrüstung die Fallgesetze beträfe, hätte Gott dafür nur ein müdes Lächeln übrig.“ (Hans-Werner Sinn) Diese Übung beherrschen sogar schon angehende Wirtschaftswissenschaftler und Betriebswirte, wenn sie ihre Ablehnung der Sozialistischen Hochschulzeitung damit begründen, dass sie „Kapitalisten“ seien. Das zeugt zwar nicht gerade davon, dass sie sich bisher in ihrem Studium einen soliden Begriff dessen angeeignet haben, was die Bestimmungen des kapitalistischen Geschäfts angeht; ihre Ignoranz dokumentiert dafür umso mehr ein gediegenes Selbstbewusstsein: Sie sehen sich als Teil der Wirtschaftselite, deren Anliegen fraglose Gültigkeit zukommt. Und wo sie recht haben, da haben sie recht: In der Marktwirtschaft ist alles Produzieren und Konsumieren dem Interesse an Kapitalvermehrung untergeordnet; das Interesse der Kapitalisten ist das die bürgerliche Gesellschaft beherrschende Interesse, so sehr, dass seine Notwendigkeiten seinen Agenten und auch dem Rest der Gesellschaft als eine Art „Naturgesetz“ erscheint. Fragt sich nur, ob das für die bürgerliche Gesellschaft und ihre Marktwirtschaft spricht.

Auf unserem Diskussionstermin wollen wir analysieren, inwiefern das Interesse an der Vermehrung privater Geldvermögen das hierzulande herrschende Prinzip des Wirtschaftens ist und der Rest der Gesellschaft davon abhängt. Denn immerhin ist mit der Bezeichnung „Kapitalismus“ für die hiesige Wirtschaftsweise ja behauptet, dass dieses Interesse ein ganzes Wirtschaftssystem ausmacht.

21.5. Freitag, 18 Uhr c.t.
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de

LESETIPP

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ...

Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen Arbeit und Reichtum

„Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten!“, werben die Banken. Offen lassen sie die Frage, woher Geld die Fähigkeit besitzt, die allgemein „arbeiten“ heißt und genau das Gegenteil bezeichnet: Sich wie von selbst zu vermehren. Irgendwo wird schon noch gearbeitet werden müssen. Von wem und wie, ist eine andere Frage – die nämlich nach dem Charakter der Arbeit in diesem besten aller Wirtschaftssysteme. Was die wirkliche Arbeit angeht – die, die gegen Geld verrichtet wird –, so bringt sie dem, der sie verrichtet, selten so viel ein, dass er sein Geld für sich „arbeiten“ lassen könnte. Arbeit gegen Lohn, das weiß jeder, hat es an sich, dass von ihr andere reich werden. Wie und warum, das ist schon wieder eine andere Frage – die nämlich nach der Eigenart des Geldes, das Kapital heißt und sich durch die Arbeit anderer vermehrt. Und noch etwas fällt auf, wenn es um Geld und Arbeit geht: Einerseits gibt es zu wenig Arbeit – zu wenig, dass alle, die von ihr leben müssen, eine haben. Auf der anderen Seite gibt es zu viel – zu viel nach den Maßstäben derjenigen, die arbeiten lassen und entlassen... Das wirft

schon wieder Fragen auf – die nach den Eigenarten des Verhältnisses von Arbeit und Geld nämlich.

Mehr Arbeit für weniger Geld, das ist nach allgemeiner Auffassung die einzig denkbare Konsequenz des Sachzwangs, den alle Verantwortlichen im Munde führen – der „Globalisierung“. Mit immer weniger Arbeitern sollen immer größere Gewinnansprüche bedient werden – das ist kein bewusstlos wirkendes Kapitalgesetz, das ist das bewusst gehandhabte Konkurrenzmittel, zu dem sich Standortpolitik heute bekennt.

Marxisten erklären in diesem Artikel einmal ganz ohne Blick in „Das Kapital“ wie und was produziert wird im System unserer globalen „Marktwirtschaft“. Dass sie dabei letztlich auf ähnliche Schlüsse über Lohnarbeit und Kapital kommen wie Marx, wird kaum verwundern.

60 Seiten, € 5.–
Erhältlich beim
GegenStandpunkt Verlag
(089 - 272 16 04,
gegenstandspunkt@t-online.de)
oder am Büchertisch der SG.

► ENDE EINER KARRIERE

„Die CDDs, die ersten, die entlassen wurden, finden keine Beschäftigung mehr auf einem Arbeitsmarkt, der träge geworden ist.“

Dass der Reichtum, den die Beschäftigten produzieren, sie notorisch zu seinen Opfern macht, davon geht man auch links vom Rhein als Selbstverständlichkeit aus, so dass „ein Frankreich, das über ein System der sozialen Absicherung verfügt“, den Arbeitslosen gibt, was sie brauchen: „die Zeit, eine angemessene Arbeit zu finden“. Und wenn sie für keinen Unternehmer nützlich sind, sind sie deswegen doch nicht unnützlich. Als staatlich gestiftete Gattung von (Reserve-)Billigarbeitskräften bringen sie den Niedriglohnsektor insgesamt voran. Und wenn schließlich die ihnen staatlich gewährte Zeit abläuft, in der sie sich als Bezieher von „sozialer Absicherung“ überflüssig machen dürfen – „Die Dauer dieses Bezugs ist proportional zur Beitragsdauer, also zur Menge der geleisteten Arbeitsstunden vor der Anmeldung bei Pôle emploi“ (= Arbeitsagentur) –, dann leisten sie ihren letzten Dienst und liegen der Sozialkasse nicht auf der Tasche.

P.S. Natürlich ist so was ein „sozialer Skandal“ und in einem zivilisierten Land wie Frankreich werden sie nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Die Regierung ist sich ihrer Verantwortung bewusst, kann aber leider nichts machen, weil sie nicht zuständig ist, wo sie die Gewerkschaften und den Unternehmerverband mit der Abwicklung dieser sozialen Last beauftragt hat. „Momentan besteht die offizielle Position darin, den Ball an die Sozialpartner zurückzuspielen, die traditionell die Arbeitslosenversicherung verwalten“. Diese wiederum würden auch gerne helfen, sehen sich aber leider außerstande, weil „eine Verlängerung der Unterstützung jener Arbeitslosen, die am Ende ihrer Rechte sind, die Unedic 1,3 Milliarden Euro zusätzlich kosten würde, bei der Ende 2009 bereits ein Defizit von 5,6 Milliarden Euro aufgelaufen ist.“ Wo alle Zuständigen gegen das traurige Los der Pauper kämpfen, da stellt es sich unweigerlich ein.

Anfang und Ende einer Karriere

Nicht nur unten, auch oben in der Hierarchie der Berufe gibt es vorzeitige Beendigungen befristeter Arbeitsverhältnisse und Lebenskrisen. Wie die SZ am 3.2. informiert, tritt der „Vorstandsvorsitzende von Frankreichs größtem Telefonkonzern, Didier Lombard, vor dem Ende seines Mandats im Frühjahr 2011 zurück“. Der Mann hatte nämlich nicht nur das Unglück, „dass sich mehr als zwei Dutzend Mitarbeiter binnen 18 Monaten umgebracht hatten“, sondern auch noch das Pech, dass er bei „seinem öffentlichen Auftritt ungeschickt von einer Selbstmord-Mode sprach“. So beschädigen Untergebene, die wegen Arbeitsstress aus Leben und Firma scheiden, posthum auch noch die Karriere der Führungskraft, die für die geschäftsnützliche Einrichtung ihres Arbeitsstresses zuständig war. Sorgen sind angesagt wegen der dadurch entstandenen „schwersten Krise des früheren Monopolisten“ France Télécom. Ein Riesenladen und an der Spitze ein Konzernlenker, der nicht lenkt, sondern im

Gerede ist! „Weitreichende personelle Konsequenzen aus der Selbstmordserie“ sind gefragt und eine Führung, die führt. So bedroht die belastende „Serie“ den Karriereweg des neuen Chefs Stéphane Richard, der „allein die volle Verantwortung übernehmen muss“. Die Verantwortung für die traurige Vergangenheit übernimmt mit seinem Rücktritt der alte Vorstandsvorsitzende; mit der Firma und ihren Arbeitsbedingungen haben die Selbstmörder endgültig nichts mehr zu tun. So kann man über das „vergleichsweise glimpfliche Ende“ aufatmen und gespannt verfolgen, ob der Neue seine Sache auch so gut macht, wie das die SZ von ihm erwarten kann: „Wie seine Karriere weiter verläuft, wird auch davon abhängen, ob er das Wohl der 100 000 Mitarbeiter in Frankreich im Auge behält.“ (SZ, 29.1.)

Noch eine Karrierefrage

Auch bei den „Führern einer Kultur-nation“ (ebd.) grassiert die Sorge um den Arbeitsplatz. Genauer gesagt liefern sich zwei von ihnen ein „unwürdiges Duell“ (ebd.) um selbigen. Der jetzige Inhaber des Staatspräsidentenamtes Sarkozy betreibt als Nebenkläger einen Straferichtsprozess gegen den ehemaligen französische Premierminister Villepin mit dem Vorwurf „der Komplizenschaft verleumderischer Denunziation, Gebrauchs gefälschter Urkunden, Vertrauensmissbrauch und Hehlerei mit Diebesgut“ (Le Monde, 29.1.). Der seinerseits will Sarkozy bei der nächsten Wahl seinen Job streitig machen mit einem „Wiederaufstieg, der ihn womöglich bis in den Elysée-Palast führen wird“ (SZ, 29.1.). Da der von beiden umworbene Arbeitsplatz nicht nur ziemlich einmalig ist, sondern auch über einen unwidersprechlichen Kitzel verfügt, nämlich den einer „Macht, wie sie selbst der US-Präsident kaum kennt“, ergibt sich der „giftige Kampf“ der beiden „unversöhnlichen Männer“ mit den dazugehörigen Zutaten wie „Hass, Intrigen und Winkelzügen“ (ebd.) gewissermaßen wie von selber.

So kommt man als wählender Franzose demnächst möglicherweise in den Genuss der Wahl, ob man eher Geschmack an der Rachsucht des einen findet – „Ich werde die Verantwortlichen an den Fleischerhaken hängen“ (Sarkozy, ebd.) – oder mehr am Rachedurst des anderen – „Sarkozy will mich zerfetzen.“ (Villepin, Le Monde, 29.1.) ◀

Diskussionsveranstaltung der Sozialistischen Gruppe

wöchentlich dienstags
20 Uhr, Stadtteilzentrum Desi,
Brückenstraße 23, Nürnberg

Aktuelles Thema: Siehe
www.sozialistischegruppe.de

Sozialistische Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg

c/o Studierendenvertretung
Turnstr. 7, Erlangen

sg@sozialistischegruppe.de
www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.: E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen